

„Flucht und Bildung“



Dokumentation

der Fachtagung im Rahmen des Forschungsprojektes „Integration von Flüchtlingskindern in das deutsche Schulsystem – Herausforderung und Lösungsansätze“

28. – 29.10.2016



Leitung der Tagung: Dr. Kenan Engin

Verfasserin: Victoria Bartetzko

Bonner Institut für Migrationsforschung
und interkulturelles Lernen (BIM) e.V.,
Brüdergasse 16-18, 53111 Bonn, www.bimev.de



Bonner Institut für
Migrationsforschung und
Interkulturelles Lernen (BIM) e. V.

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**
Landesbüro NRW

**STADT.
CITY.
VILLE.
BONN.**

Freitag, 28.10.2016

13.00 Ankommen und Stehkafee

13.30 Begrüßung durch das BIM

13.45 Einführung in den Tag
Dr. Kenan Engin

14.00 „Bildung ist das, was bleibt“
Fluchtbewegungen als Herausforderung für (kommunale) Bildungsorte
Impulsreferat mit *Prof. Dr. Susanne Spindler* und *Prof. Dr. Erika Schulze*

14.30 Anschließende Podiumsdiskussion mit *Prof. Dr. Erika Schulze*, *Wolfram Buttschardt* (Netzwerk Flüchtlinge mit Behinderung Köln), *Daniel Schult* (Einrichtungsleiter, DRK Bonn) und *Prof. Dr. Susanne Spindler*

16.00 Pause

16.30 Vortrag und Diskussion
Die Rolle der Stiftungen im Kontext von Flucht und Bildung
Martin Pfafferott (Landesbüro NRW der FES)
Dipl. pol. Cornelia C. Kliment (Deutsche Universitätsstiftung), *Cathrin Seher* (Engagement Global)

18.15 Imbiss und Get Together

Samstag, 29.10.2016

8.30 Kaffee und Snack

9.30 Forum 1: Vorstellung von Forschungsergebnissen (EG)

Integration von Flüchtlingskindern ins Schulsystem: Herausforderungen und Lösungsansätze. (BIM-Forschungsprojekt)
Dip. Soz. J. Michael Fischell

„Chances of immigrants for the middle - qualified labour market. In comparison of Germany and Australia on the example of nurses“
Esther Abele (Uni Bonn)

9.30 Forum 2: Vorstellung von Projekten (2. Stock)

„Interkulturelle Kompetenz in Kindertagesstätten und Grundschule - Programme und Projekte zur kultursensiblen Kooperation“
Dipl. Päd. Barbara Schlüter

„Schüler und Flüchtlinge als Zielgruppe für salafistische Rekrutierung“
Kaan Orhon (Hayat Bonn)

11.00 Umgang mit Heterogenität in Schulen: Rolle der Sozialen Arbeit im inklusiven (Grund-)Schulsystem
Impulsreferat mit *Prof. Dr. Manuela Westphal*

11.30 Umgang mit Heterogenität in Schulen: Herausforderungen und Lösungsansätze
Podiumsdiskussion mit *Etta Fennekohl* (ehemalige Schulleiterin), *Sibylle Clement* (Schulleiterin) *Ursula Heine* (stv. Schulleiterin)

12.30 Mittagspause

13.30 Umbruch und Bewältigung: (De)konstruktivistischer Blick auf Flüchtlings- und Asylpolitik Deutschlands im Zeitalter der Globalisierung
Gespräch mit *Prof. Dr. Louis Henri Sewaka*

15.00 Ende der Tagung und gemeinsamer Ausklang

Ansprechpartner:

Dr. Kenan Engin
E-Mail: engin@bimev.de
Tel.: (02 28) 338 339 0

Anmeldung:

Verbindliche Anmeldung bis zum 20.10.2016:
Dr. Kenan Engin: engin@bimev.de

Es fällt ein Teilnahmebetrag an von: 35/20 € (ermäßigt)
(Imbiss und Getränke inbegriffen)

Tagungsort

Bonner Institut für Migrationsforschung und interkulturelles Lernen (BIM) e.V.
Brüdergasse 16-18
53111 Bonn

Konto von BIM e.V.
Sparkasse KölnBonn
IBAN: DE54 3705 0198 0000 0563 82;
BIC: COLSDE33XXX

Dokumentation der Fachtagung „Flucht und Bildung“

Die Tagung begann mit einer Begrüßung aller Gäste durch Christian van den Kerckhoff, den Geschäftsführer des Bonner Institutes für Migrationsforschung und Interkulturelles Lernen e.V. (BIM). Dem folgte die organisatorische Einführung in den Tag durch Dr. Kenan Engin sowie die Vorstellung der Moderatorin für den Tag, Mika Wagner.

Der erste inhaltliche Tagespunkt war ein **Impulsreferat von Prof. Dr. Susanne Spindler und Prof Dr. Erika Schulze mit dem Titel „Bildung ist das, was bleibt - Fluchtbewegung als Herausforderung für (kommunale) Bildungsorte“**

In dem Impulsreferat wurde insbesondere die Bedeutung von Schule für die soziale Integration von geflüchteten Minderjährigen herausgestellt.

Als gesetzliche Grundlage dient die UN-Kinderrechtskonvention, in der das Recht auf Bildung für Kinder als universelles Recht geltend gemacht wird. Dieses Recht kann in der Realität in vielen Fällen nicht effektiv in Anspruch genommen werden, da sich organisatorische bzw. gesetzliche Schwierigkeiten ergeben. So gilt die Schulpflicht in Deutschland z.B. nicht für alle Minderjährige, es ergeben sich lange Wartezeiten für einen Platz in einer entsprechenden Schulklasse, Gymnasien sind nicht verpflichtet, geflüchtete Kinder aufzunehmen, und besonders ab der Volljährigkeit eines Kindes ergeben sich verwaltungstechnische Schwierigkeiten.

Die Beschulung findet bei Aufnahme entweder in Regel- oder speziellen Förderklassen bzw. internationalen Klassen statt. Auch hierbei ergeben sich oftmals Problemfelder, da es kaum gelingt, auf die Heterogenität der Umstände der Kinder einzugehen.

Gerade im Hinblick auf die spezifische Lebenssituation der Kinder ist die Schule jedoch von hoher sozialer Bedeutung. Sie sind belastet durch Fluchterfahrung und die neue beengte Wohnsituation in den Heimen, die in vielen Fällen keine Freizeitangebote bieten. Weitere Belastung wird aufgebaut durch die schwierige Familiensituation (z.B. halten sich andere Mitglieder immer noch in anderen Ländern auf), den unsicheren Aufenthaltsstatus, das Leben in Armutsverhältnissen und durch Erfahrungen von Diskriminierung. Die Familie ist also in ihrer Funktion als Ort der Sicherheit erschüttert. Dieses Defizit kann ggf. durch Schule als sozialen Ort aufgefangen werden. In studentischen Interviews wurde die Bedeutung von Schule für junge Geflüchtete erfragt.

Das schulische Umfeld unterstützt den Aufbau einer alltäglichen Lebensführung und bietet Raum für den Aufbau von sozialen Beziehungen und Gemeinschaft. Des Weiteren wird Bildung als sichere Investition in die Zukunft gesehen, auch Unterstützung und Orientierung mit Hilfe von Sozialarbeitern kann dort gefunden werden.

Handlungsperspektiven ergeben sich auf kommunaler bis übergreifender Ebene. Lokal bestehen Möglichkeiten einer besseren Kooperation der Bildungs- und Integrationsarbeit sowie der Unterstützungsangebote (z.B. durch Fortbildungen in Feldern wie Mehrsprachigkeit, Traumatisierung). Auch eine Verbesserung der Lebenssituation der Geflüchteten direkt könnte auf familiärer und räumlicher Ebene gefördert werden. Übergreifend gilt es, vor allem die Schulpflicht für *alle* Kinder real durchzusetzen und gesellschaftliche Teilhabe nicht nur über den Schulweg, sondern auch kulturell zu garantieren.

Im Anschluss fand eine **Podiumsdiskussion sowohl mit den beiden zuvor Vortragenden Prof. Dr. Erika Schulze und Prof. Dr. Susanne Spindler als auch mit dem Einrichtungsleiter der DRK Bonn, Daniel Schult**, statt. Zu Beginn stellte Daniel Schult noch einmal die Faktenlage und einige Thesen zur Bildungssituation von geflüchteten Kindern in Bonn aus eigener Erfahrung dar.

Hierbei ergaben sich Deckungen zwischen lokalen Problemakzentuierungen in Bonn mit den vorher genannten des Impulsreferates, insbesondere was die Lebenssituation der Kinder betrifft. Auch in Bonn haben Geflüchtete mit beengten Lebenssituationen und belastenden Familiensituationen zu kämpfen. Des Weiteren wurden interkulturelle/sprachliche Schwierigkeiten sowie die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements hervorgehoben. Kinder, die zur Schule gehen, sind in ihren Deutschkenntnissen den Eltern oft weit voraus, wodurch diese eine Übersetzerrolle in Situationen einnehmen müssen, die nicht kindgerecht sind. Außerdem ergeben sich besonders an Schulen mit hohem Migrationsanteil Probleme, zusätzlich auf Geflüchtete mit kaum vorhandenen Deutschkenntnissen einzugehen. Auch auf elterlicher Ebene finden sich oft verschiedene Vorstellungen, was die Mitarbeit an Schulen betrifft. Während deutsche Eltern oft am Schulsystem mitwirken, ist das in den Herkunftsländern vieler Flüchtlinge nicht der Fall. Daher gilt es, eine interkulturelle Sensibilität an Schulen zu fördern.

Insbesondere bei der Einschulung werden Ehrenamtliche aktiv und nehmen eine

Vermittlerrolle ein. Während dies an den Grundschulen, z.B. durch einen Anruf bei dem Schuldirektor, relativ einfach vonstatten gehen kann, verkompliziert sich der Prozess für die Anmeldung an weiterführenden Schulen, da sich lange Wartezeiten des Landesschulamtes ergeben. Mittlerweile wurden hierfür auch Stellen des Jugendamtes eingerichtet, Ehrenamtliche nehmen jedoch weiterhin eine tragende Rolle ein, z.B. auch in der Hausaufgabenhilfe. Weiterhin wurde vorgeschlagen, mehr OGS-Plätze einzurichten, da diese sich positiv auf den Spracherwerb auswirken.

Im Anschluss an das Statement durften Fragen aus dem Publikum gestellt und Kommentare geäußert werden. Diese wurden kritisch und thematisch weitgefächert gestellt, sie spannten sich zu einem großen Teil um die Themenfelder Umgang mit Traumata, Resilienz, die Rolle von (schulischer) Bildung bei der Integration von Geflüchteten, soziale Arbeit an Schulen, die Rolle von Ehrenamtlichen und der Ausschluss spezifischer Gruppen von dem Prozess der Integration.

Besonders bei dem Umgang mit Traumata stellt sich heraus, dass es bereits an den diagnostischen Ressourcen mangelt. Auch langfristig fehlt es an Zeit, sich mit der psychischen Situation Geflüchteter auseinanderzusetzen. Daher sollte in Zukunft auch mehr in die psychische Betreuung von Flüchtlingen investiert werden.

Aus dieser Thematik heraus ergab sich die Frage nach Resilienz als Ressource, um in Deutschland Krisen zu bewältigen. Es wurde darauf verwiesen, dass oft nicht gleich von Resilienz gesprochen werden muss, sondern auch andere Schlagwörter wie „Habitus der Überlebenskunst“ oder „Widerstandsfähigkeit“ ausreichend sein können. Wichtig ist in jedem Fall jedoch, dass auf vorhandene Ressourcen der Geflüchteten besser eingegangen werden muss und diese nicht ignoriert werden sollten.

Danach gestaltete sich die Diskussion grundsatztheoretischer, indem die Frage gestellt wurde, ob es für die Integration von Geflüchteten denn zwingend notwendig sei, dass dies über die Kinder und den Schulweg erfolgt und nicht über die Eltern, die Zugang zum System, z.B. über Arbeit, erhalten. Der Grundgedanke, dass Integration bestenfalls nicht nur über Schule erfolgen sollte, wurde als weitestgehend richtig beurteilt, jedoch ergeben sich in der Praxis Probleme bei der Umsetzung. Diese ergeben sich vor allem durch die Schließung des Systems durch die Politik, wodurch z.B. der Zugang zum Arbeitsmarkt deutlich erschwert wird. Für eine erfolgreiche Integration muss es langfristig wieder eine Öffnung der Zugänge für Geflüchtete geben, von Abschottung sollte abgesehen werden. Betont wurden auch das Fehlen von unkonventionellen

Bildungsmöglichkeiten und ein Mangel in der öffentlichen Debatte um das Thema Armut, da in der Flüchtlingsthematik oft nur das Thema Bildung im Fokus stehe.

Als nächstes wurde die Frage nach der Anzahl von sozialen Arbeitern an Schulen gestellt. Generell lässt sich sagen, dass es unterschiedliche Modelle der Anstellung von Sozialarbeitern gibt. Dies kann über das Land, über die weiterführende Schule/Berufskolleg, kommunal, über Stiftungen oder über Fördervereine geschehen. Dabei ist hervorzuheben, dass neben der Integrationsarbeit auch Arbeit in Sachen Inklusion geleistet werden muss. Die Stadt Bonn z.B. ist im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes in Sozialräume gegliedert. Konkret gibt es in einem Fall an vier Schulen zwei Sozialarbeiter. In vielen Fällen gibt es auch nur einen Platz für einen Sozialarbeiter *oder* einen Lehrer, weshalb die Schulleitungen oft gezwungen sind, sich für weitere Lehrkörper zu entscheiden. Betont wurde also eine extreme Mangelsituation in der Sozialarbeit an Schulen, die ausgeglichen werden muss.

Nachdem während der Diskussion einige Mängel behandelt wurden, wurde auch noch einmal explizit auf die Rolle von Ehrenamtlichen in dieser prekären Situation eingegangen. Diese funktionieren oft als Scharnierfunktion zwischen Geflüchteten und Institutionen und unterstützen gezielt. Auch bei dem Durchbruch von Frustrationsketten spielen Ehrenamtliche eine tragende Rolle. In den letzten Monaten fand so eine Professionalisierung des Sektors statt, die nicht zu unterschätzen ist.

Trotz des Engagements vieler Freiwilliger finden viele Geflüchtete keinen Zugang zum System, was sowohl politische als auch gesellschaftliche Gründe hat. Ausgeschlossen werden z.B. Geflüchtete mit schlechter Bleibeperspektive, Mütter mit jungen Kindern oder Flüchtlinge, die noch keine ausreichenden Deutschkenntnisse besitzen. Selbst wenn auf die sprachlichen Bedürfnisse der Flüchtlinge eingegangen wird, geschieht dies oft nur auf Arabisch, weshalb anderssprachige Flüchtlinge (z.B. aus Eritrea) ausgeschlossen werden.

Problematisch sind auf politischer Ebene hierbei z.B. das neue Integrationsgesetz und das Benennen von „sicheren Herkunftsländern“, welche auf politischer Ebene umstritten sind. Gesellschaftlich gestaltet sich z.B. die gleichmäßige Verteilung von Flüchtlingen auf Wohngebiete und Schulen schwierig. Es drohen Prozesse von Ghettoisierung, da sich Flüchtlinge vermehrt in einigen wenigen Wohngebieten niederlassen und auch oft nur einen Schulplatz an solchen Bildungsstätten finden, die sowieso einen hohen Anteil an Migranten haben.

Um die betroffenen Gruppen zu integrieren, kann es z.B. helfen, Sprachkurse auch vormittags in den Unterkünften anzubieten und Veranstaltungen für Geflüchtete in mehr Sprachen als nur Arabisch anzubieten. Generell sollten bei dem Prozess der Integration beide Seiten beachtet werden; weniger „Du musst dich anpassen“ als ein gegenseitiges Lernen in einem sensiblen Umfeld. Hierbei kann Mehrsprachigkeit erwünscht sein.

In einem Abschlussstatement wurden darauffolgend weitere Handlungsperspektiven vorgeschlagen. In der Schule sollte ein mehrsprachiger Habitus unterstützt werden, um die Gleichwertigkeit der Sprachen zu unterstützen und die Kinder bei ihrer sprachlichen Integration zu unterstützen. Des Weiteren sollten die Zuweisungspraxen an Schulen ggf. bedacht werden, da dies häufig nach (sozialer) Herkunft entschieden wird. Dies könnten in Zukunft die kommunalen Integrationszentren in die Hand nehmen, diese sollten auch mehr Ressourcen erhalten, um die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Politik zu stärken. Auch eine grundsätzliche Diskussion über das Bildungssystem sollte nicht untergehen, da die Aufteilung auf verschiedene Schulen Ungleichheiten produziert. Bis dahin sollten Lehrer zusätzliche Fortbildungen zu Themen wie Deutsch als Fremdsprache, interkulturelle Bildung oder Diskriminierung erhalten. Auch Kitas sollten als soziale Bildungsorte nicht vergessen werden, hier besteht ein gesetzlicher Anspruch auf einen Platz.

Es ergibt sich eine Vielzahl von Notwendigkeiten, weshalb eine Umsetzung mit geringfügigen finanziellen Mitteln bisher schwierig gelingen kann. Auch unter dem Aspekt, dass die meisten Geflüchteten keine Kinder, sondern junge volljährige Männer sind, die ebenfalls Unterstützung benötigen, ist die Knappheit fiskaler Mittel zu beurteilen.



(Prof. Dr. Susanne Spindler, Prof. Dr. Erika Schulze, Daniel Schult, Mika Wagner)

Auf die Podiumsdiskussion folgte eine halbstündige Pause und schließlich der Themenkomplex „Die Rolle der Stiftung in Kontext von Flucht und Bildung“. Den Anfang machte **Martin Pfafferott aus dem Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung mit einem Vortrag zu dem Arbeitsfeld derselben im Flüchtlingssektor.**

Zunächst gab es eine allgemeine Einleitung zur Flüchtlingsthematik im öffentlichen Diskurs. Das Themenfeld ist keineswegs neu, findet jedoch in den letzten Monaten verstärkt Aufmerksamkeit und gilt häufig als *das* gesellschaftspolitische Thema überhaupt. In der politischen Bildung muss hierauf in verschiedenen Dimensionen eingegangen werden; gesamtgesellschaftlich, für Flüchtlinge und für Einheimische. Dies und die weitere Heterogenisierung und Individualisierung der Gesellschaft stellt neue Herausforderungen an die politische Bildung, die in Zukunft bearbeitet werden müssen.

Hierfür müssen betroffene Menschen direkt, z.B. auch vor Ort, eingebunden werden, um Vielfalt zu fördern.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung tut dies im Rahmen verschiedener Projekte. Eines davon ist z.B. „Miteinander in NRW“, dabei geht es um die Integration von Geflüchteten zu verschiedenen Themen in verschiedenen Städten, z.B. „Miteinander arbeiten in Dortmund“ oder „Miteinander leben in Essen“. Hierbei soll anhand von Reden, Podiumsdiskussionen etc. ein Forum für Diskussion und Information unter Einbezug von Geflüchteten geboten werden. In diesem Rahmen sollen auch Engagement und

interkulturelle Sensibilität gefördert werden.

Ein anderes Beispiel ist der Schülerworkshop „Bloß weg!“. Hierbei werden Informationen zur aktuellen Flüchtlingssituation an Schüler ab der 8. Klasse spielerisch vermittelt. Es handelt sich um eintägige Workshops, die z.B. an Projekttagen stattfinden können. Ähnliches gibt es in anderen Bundesländern, z.B. in Niedersachsen.

Des Weiteren gibt es z.B. Seminare für Ehrenamtliche zu Themen wie Asylrecht oder interkulturelle Sensibilisierung, und auch über die Stipendienvergabe kann Geflüchteten geholfen werden. Diese werden nicht vom Landesbüro vergeben, Mittel über den Solidaritätsfond können jedoch trotzdem auch selbst nicht-erkannte Flüchtlinge bei ihrer studentischen Laufbahn unterstützen.

Weitere Themengebiete der Stiftung sind z.B. Demokratiebildung auf Arabisch oder Expertise zu Fluchtursachen und Integrationspolitik.



(Martin Pfafferott aus dem Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung)

Als nächstes wurde das Plenum von **Cornelia Kliment, der Geschäftsführerin der Deutschen Universitätsstiftung**, über die dortigen Programme informiert. Die Stiftung bietet drei verschiedene Stipendienprogramme, zwei davon auch für Geflüchtete, und ist auch bei verschiedenen Preisverleihungen, wie dem deutschen Wissenschaftspreis involviert.

Bei dem Tandem-Programm können sich Studierende mit nichtakademischen Familienhintergrund bewerben, die aus Flüchtlingsgebieten stammen und Mathematik,

Informatik, Naturwissenschaften oder Technik studieren möchten. Zusätzlich benötigen sie C1-Deutschkenntnisse und einen Platz an einer deutschen Hochschule.

Das Welcome-Programm richtet sich auch an Studierende anderer Studienfächer. Nach einem schriftlichem Bewerbungsverfahren und einem Gespräch werden verschiedene Förderungen angeboten. Dazu gehören u.a. das 1:1-Mentoring durch einen Hochschullehrer, Büchergeld sowie verpflichtende Workshops und Events. Insbesondere durch die persönlichen Mentoren kann auf Studierende individuell eingegangen werden. Sie bieten Orientierung, Anleitung und Hilfestellung. Bisher weisen die Programme eine geringe Abbrecherquote auf (unter 1%).

Angegliedert an die Vorträge der Stiftungen wurde **Cathrin Seherer von Engagement Global, die eine Handreichung und Orientierungshilfe zum globalen Lernen präsentierte.** Diese richtet sich vor allem an Schulen und bietet eine Orientierungshilfe zum globalen Lernen innerhalb der Flüchtlingsthematik. Die Handreichung ist das Ergebnis eines KMK-BMZ-Projektes, zu dem verschiedene Fachleute aus den Bereichen Entwicklung, Schule und Bildung beigetragen haben. Das Material bietet Möglichkeiten, bisherige Haltungen und Strukturen in der Schulgemeinschaft zu überdenken. Dazu wird Material aus Moderationsanleitungen, PowerPoint-Präsentationen, Plakaten und Arbeitsaufträgen zu Verfügung gestellt. Diese sind in zwei Module, Einstieg in das Thema Flucht und Umgang der Schule mit dem Thema, gegliedert. Bei ersterem kann eine Kartenabfrage und ein Vierecken-Gespräch stattfinden, wo Fakten erklärt und Fragen beantwortet werden können, aber auch ein Stimmungsbild für die Schule erstellt werden kann. Das zweite Modul findet im Plenum statt und beschäftigt sich mit Herausforderungen, schon geleisteter Arbeit und noch nötiger Unterstützung in der Schule. Das Material ist flexibel anpassbar und von KMK empfohlen.

Nach dem Vortrag ließen die Tagungsteilnehmer den Tag mit einem Imbiss und Get-Together ausklingen.



(Drei der Teilnehmer_innen der Fachtagung „Flucht und Bildung“)

Am nächsten Morgen begann der zweite Tag der Tagung früh mit Kaffee und Snack, bevor sich das Plenum in zwei verschiedene Foren aufteilte. In Forum 1 war dies „Integration von Flüchtlingskindern in das deutsche Schulsystem: Herausforderungen und Lösungsansätze“, ein BIM-Projekt, vorgetragen von Michael Fischell und „Chances of immigrants for the middle-qualified labourmarket. In comparison of Germany and Austria on the Example of Nurses“ von Esther Abele, Universität Bonn.

In **Forum 2** fanden die Vorträge **„Interkulturelle Kompetenz in Kindertagesstätten und Grundschule – Programme und Projekte zur kultursensiblen Kooperation“** von **Barbara Schlüter** und „Schüler und Flüchtlinge als Zielgruppe für salafistische Rekrutierung“ von Kaan Orhon, Hayat Bonn, statt.

In Barbara Schlüters Vortrag wurde das Projekt „IMPULS“ im Rahmen eines kultursensiblen Umgangs mit Kindern präsentiert. Hierzu wurden zunächst Begrifflichkeiten geklärt. „Kultursensibel“ bedeutet im Umgang mit Menschen aus

anderen Kulturen nicht nur, auf andere einzugehen, sondern auch zu testen, womit man sich selber wohl fühlt. „Interkulturelle Kompetenz“ ist, während dieses Prozesses Respekt und Interesse an der anderen Kultur zu zeigen, mit Vorurteilen umzugehen, Kulturunterschiede und -gemeinsamkeiten anzuerkennen und konfliktfähig zu agieren. Vor diesem Hintergrund kann sich gerade kultursensible Elternarbeit schwierig gestalten, denn je nach Fluchthintergrund / Herkunftsland ist die Teilnahme der Eltern nicht selbstverständlich. Um dies zu fördern, können arabischsprachige Ehrenamtliche mit in die Kitas oder mit nach Hause gehen, um zu übersetzen. Außerdem sollte Reflexion über das eigene Erziehungsverhalten angeregt werden.

Das IMPULS-Projekt bietet Anregungen und Material für einen kultursensiblen Umgang mit Kindern. Es handelt sich um ein Angebot für Flüchtlingsfamilien in Notunterkünften mit Kindern vor dem Schuleintritt. Hierbei macht eine Familienbesucherin eine Beschäftigung mit IMPULS-Material vor und fungiert dabei als Anleiterin und Vorbild. Das Material ist nach Altersgruppen gegliedert, praktisch und günstig zu beschaffen. Die Ziele von IMPULS sind die Förderung verschiedener Entwicklungsbereiche, Selbstbewusstsein/Neugierde und Lernmotivation des Kindes sowie Stärkung des elterlichen Selbstvertrauens und Eltern-Kind-Verhältnisses. Hinzu kommt die Stärkung des Lernortes Familie sowie der Förderung deutscher Sprachkenntnisse. IMPULS sieht auf über 20 Jahre Erfahrung zurück und hat bereits über 25.000 Kinder betreut.

Darauffolgend fand **Kaan Orhons, Mitarbeiter von Hayat Bonn, Vortrag „Schüler und Flüchtlinge als Zielgruppe für salafistische Rekrutierung“** statt. Hayat ist eine bundesweite, BAMF-geförderte Organisation, die sich mit der Deradikalisierung, insbesondere von Jugendlichen, beschäftigt. In dem Vortrag wurde vor allem auf die Methoden salafistischer Rekrutierung (Geflüchteter) in Schulen eingegangen. Salafistische Rekrutierung findet typischerweise in drei Etappen statt. In einem ersten Schritt wird zunächst versucht, Integration zu verhindern und in eigene Projekte einzuladen. Dies geschieht z.B. unter Angabe von falschen Tatsachen oder durch das Verschenken religiöser Artikel. In einem zweiten Schritt werden dann Jugendliche ohne Fluchthintergrund an salafistische Vereine gebunden, damit diese selber mitwirken. Im dritten Schritt geht es um die Vermittlung der Ideologie. Stichworte hierbei sind z.B. Pierre Vogels „Islamakademie“, in der z.B. Sätze genannt werden wie „Die Muslime

sind die Juden von heute“. Dieser untermauert einen ideologischen Opferstatus, der das Gruppengefühl stärkt. Auch Vergleiche zu „wirklich“ verfolgten Muslimen in der Welt werden gezogen.

Im Folgenden ging der Vortragende auf die praktische Arbeit von Hayat Bonn, insbesondere im Umgang mit Schülern, ein. Die Hauptaufgabe der Organisation ist hierbei Angehörigen-Beratung der Familie und des sozialen Umfeldes, aber auch z.B. von Sozialarbeitern, Lehrern etc. Bei Verdacht auf Radikalisierung eines, meist, Jugendlichen, wird zunächst der Kontakt im Gespräch gesucht, da sich die meisten Verdächtigungen als nicht berechtigt herausstellen. Dringend wird von einer möglichen Drohkulisse abgeraten („Du wirst abgeschoben“), insbesondere auch eine vorschnelle Anzeige bei der Polizei, da dies in den meisten Fällen die Lage um einiges verschlechtert. Auch wenn sich der Verdacht nicht bestätigt, informiert sich Hayat in regelmäßigen Fällen weiterhin über den Fall. Liegt jedoch der gegenteilige Fall vor, wird zunächst über enge soziale Kontakte des Jugendlichen versucht, einzuwirken und Neuorientierung zu bieten, etwa durch die Hinführung zu einer neuen Moschee/Gemeinde. Erst wenn bereits eine verfestigte islamische Ideologisierung besteht, sollte in Zusammenarbeit mit der Polizei und den Unterkünften Schaden von den Bürgern abgewendet werden. Dies ist jedoch bisher in Bonn noch nicht vorgekommen.

Insbesondere das schulische Umfeld bietet einen Nährboden für salafistische Rekrutierung, da dort mit einfachen Mitteln gebündelte Massen erreicht werden können. Für Hayat geht es in Schulen vor allem darum, Vorurteile und Falschbeschuldigungen abzubauen, um den Jugendlichen den gesellschaftlichen Anker, den sie noch besitzen, nicht zu entreißen. Dort wurden vor Ort Sprechstundenzeiten eingerichtet. Auch das Auseinandersetzen mit Verschwörungstheorien und den sozialen Netzwerken ist ein großer Teil der Arbeit von Hayat.

Zusammenfassend geht es darum, das Verdachtsklima in Deutschland zu „entgiften“. Besonders Angriffe von Flüchtlingen spielen Salafisten in die Hände, da sie durch die folgende gesellschaftliche Ausgrenzung Geflüchteter leichter neue Mitglieder gewinnen.

Nach dem Vortrag traf sich das Plenum erneut im Erdgeschoss des Hauses, um dem Impulsreferat von **Prof. Dr. Manuela Westphal „Umgang mit Heterogenität in Schulen: Rolle der sozialen Arbeit im inklusiven (Grund-)Schulsystem“** zuzuhören.

Der Vortrag wurde dreigeteilt in die Felder: Umgang mit Heterogenität, inklusive Bildung und soziale Arbeit in Schulen. Zunächst wurden die verschiedenen Bedeutungsebenen von Heterogenität erläutert. Heterogenität kann als dauerhafter Zustand und Entwicklung betrachtet werden, die neue Herausforderungen und Aufgaben an die Gesellschaft stellt. Sie kann auch als Umsetzung von Chancengerechtigkeit betrachtet werden, was insbesondere in den letzten Jahren durch die ideologische Hervorhebung von Demokratie und humaner Gesellschaft geschehen ist. Die dritte in dem Vortrag genannte Bedeutungsebene ist Heterogenität als Abbau von Benachteiligung und Marginalisierung in der Bildung, was auf den Menschenrechten beruht. Dies führt zu einer bildungspolitischen Zielstellung des inklusiven Bildungswesens.

Gerade in den letzten Jahren ist Heterogenität erneut ein topaktuelles Thema geworden, im Zusammenhang mit der Bildungsreform gab es seit 2010 eine interkulturelle Öffnung und Unterzeichnungen von Behindertenkonventionen.

Gerade in der Flüchtlingsthematik ist der Begriff zentral, da es sich bei den Schutzsuchenden um eine äußerst heterogene Gruppe handelt. Dies wird z.B. bestimmt durch deren aufenthaltsrechtliche Lage, Bildungsvoraussetzungen, sprachliche Kompetenzen usw. Es ist zu beachten, dass es *den* Flüchtling nicht gibt, jede Person bringt ihre eigenen Subjektiven Erfahrungen und Fähigkeiten mit und trägt so zur Heterogenität bei.

Wie zuvor genannt, stellt sich einer humanrechtlich geprägten Gesellschaft der Anspruch, ein inklusives Bildungssystem zu fördern, also das Miteinbinden von gesellschaftlich benachteiligten Personengruppen wie Behinderten oder Flüchtlingen. In Realität geschieht dies nur schwierig, da dieser Bereich noch wenig erforscht ist und sich auch die finanzielle Umsetzung schwierig gestaltet, da die Mittel aus verschiedenen Töpfen fließen.

Die Sozialarbeit an Schulen trägt eine zentrale Rolle bei dem Umgang mit heterogenen Schülergruppen. Das Beispiel Kanada zeigt, dass etablierte Sozialarbeit zu Bildungserfolgen führt. Dies könnte auch damit zusammenhängen, dass dort eine Willkommenskultur schon seit der 70er Jahren etabliert ist. Kanada kann Ideen zu einem Umgang mit Heterogenität liefern, es darf jedoch nicht vergessen werden, dass das Land anderen Bedingungen untersteht als Deutschland und eine direkte Übertragung der Strategien daher nicht erfolgen kann.

Für Deutschland lässt sich sagen, dass wir bei dem Aufbau von Angeboten für Kinder und Jugendliche in diesem Sektor noch am Anfang stehen. In der Vergangenheit ergaben sich Probleme durch die prekäre Beschäftigung von Sozialarbeitern, die sich mit der Lebenswelt der Jugendlichen auseinandersetzen können. NRW hat nun befristet bis 2019 120 neue Sozialarbeiterstellen geschaffen, was hoffen lässt, dass der Umgang mit Heterogenität in Schulen in den nächsten Jahren etwas einfacher gelingen kann als zuvor.

Im Anschluss an den Vortrag fand eine **Podiumsdiskussion mit Etta Fennekohl, Sibylle Clement und Ursula Heine zum gleichen Thema, Heterogenität in Schulen, statt.** Die Schulleiterinnen konnten hierbei praktische Einblicke in den Umgang mit Heterogenität sowohl in Grund- als auch weiterführenden Schulen vermitteln und Fragen beantworten.

Auffällig war während der Diskussion der zentrale Aspekt der Ressourcenknappheit. Es fehlt vor allem an ausgebildetem Personal, die in den Feldern Migration und Interkulturalität sowie Deutsch als Fremdsprache bewandert sind.

An den Schulen gibt es einen hohen Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund, welches zunächst vor allem sprachlich Herausforderungen stellt. Dem kann z.B. entgegengekommen werden, indem die Kinder nicht nur auf Deutsch, sondern auch in ihrer Muttersprache, meist Türkisch oder Arabisch, alphabetisiert werden. Zweisprachigkeit soll für die Integration der Kinder genutzt werden.

Auch die Frage der Anerkennung der bisher bestandenen Schullaufbahn gestaltet sich schwierig. Oft sind Übersetzungen aus dem Ausland nicht ausreichend, und es werden zusätzlich Lernstandsdiagnosen und Spracheinstandstests notwendig. Auch hierfür wird jedoch Zeit und Personal benötigt, weshalb hierauf in letzter Zeit oft verzichtet wurde.

In der Diskussion wurde auch hervorgehoben, dass sich der Umgang mit Heterogenität in Grundschulen oft etwas einfacher gestaltet als in weiterführenden Schulen. Dort stehen die Kinder noch am Anfang ihrer Lernentwicklung, was bedeutet, dass auch Kinder ohne gute Sprachkenntnisse, z.B. in Musik oder Sport schon einmal mitwirken können. In den Grundschulen sind auch Ehrenamtliche vorhanden.

Des Weiteren hervorgehoben wurde die Notwendigkeit von Sozialarbeitern an diesen Schulen, da es sich insbesondere bei geflüchteten Kindern oftmals um stark belastete Schülergruppen handelt. Auch Diskriminierung von Lehrpersonal, z.B. wegen eines

Kopftuches oder eines ausländischen Namens, sind noch immer Thema.

Nach einer einstündigen Mittagspause fand ein Vortrag und **Kamingespräch mit Prof. Dr. Louis Henri Seuwka zum Thema „Umbruch und Bewältigung: (De)konstruktivistischer Blick auf Flüchtlings- und Asylpolitik Deutschlands im Zeitalter der Globalisierung“** statt. In dem Vortrag wurde der Begriff „Flüchtling“ beleuchtet. Die Ursache von Fluchtbewegungen sieht Dr. Seuwka in der (Außen-)Politik der Empfängerländer und nicht in den Herkunftsländern. Über die Legitimität der Flucht werde jedoch in den Ankunftsändern geurteilt, was nicht zu den Verhältnissen passe.

Dr. Seuwka stellte die europäischen Werte und Handlungen infrage. Denn obwohl sich die Europäische Union zu den Menschenrechten bekenne, gebe es Massensterben im Mittelmeer und eine Abschreckungspolitik. Europa habe seine Glaubwürdigkeit und sein Recht verspielt, sich als humanistischen Vorreiter bezeichnen zu können. Die Anfänge hierfür ließen sich bereits in der Kolonialzeit finden.

Weiterhin beurteilte Dr. Seuwka die Flüchtlingspolitik der Europäischen Union als repressiv und kritisierte die Begriffe „sicheres Herkunftsland“ sowie „Wirtschaftsflüchtling“. Hier ließe sich die Unfähigkeit der Politik erkennen, ethische Verantwortung zu tragen. Das angeblich ausbeuterische Handeln des globalen Nordens in den letzten Jahrhunderten werde auf diesen zurückfallen.

Die folgende Diskussion wurde von Klaus Thüsing moderiert. Dr. Seuwka führte weiter aus, dass es in der Entwicklungspolitik auch darum ginge, Grenzzäune zu errichten und Menschen an ihrer Flucht zu hindern, anstatt der Bevölkerung zu helfen. Der Begriff „Entwicklungspolitik“ trage bereits rassistische Züge. Das europäische Wirtschaftssystem könne nicht global funktionieren, da es auf Ausbeutung beruhe. Das müsse erkannt werden, um langfristig ein globales System zu schaffen, dass mit der Einhaltung der Menschenrechte einhergeht.

Dr. Seuwkas Bemerkung, man solle die Menschen – etwa in Afghanistan – doch einfach alleine lassen bzw. „sterben lassen“, da die Entwicklungspolitik dort nicht fruchte, rief Widerspruch aus dem Plenum hervor. Es wurde infrage gestellt, ob es Sinn habe,

Länder wie Afghanistan einfach sich selbst zu überlassen. In unserer heutigen, globalisierten Welt führe dies nicht ohne weiteres zu einer gelungenen gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung. Vor dem Hintergrund, dass Dr. Seuwka dem Westen seine Humanität abspricht, wurde kritisch gefragt, wie human es denn sei, die Menschen in armen Ländern einfach „sterben“ zu lassen. Mehrfach bemängelt wurde zudem, dass Dr. Seuwka nicht sagte, was man denn seiner Meinung nach besser machen könnte. Auch nach mehrfacher Nachfrage nannte er keine konstruktiven Lösungsvorschläge.

Nach dem Vortrag ließ das Plenum die Tagung bei heißen und warmen Getränken ausklingen. Die Vorträge und Diskussionen boten eine umfangreiche Grundlage der Theorie und Praxis für die Auseinandersetzung mit dem Thema „Flucht und Bildung“, den Teilnehmenden wurde Raum für Fragen und Überlegungen geboten.

Das Bonner Institut für Migrationsforschung und Interkulturelles Lernen e.V. bedankt sich für eine erfolgreiche Fachtagung, gefördert von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Stadt Bonn.